

Einführungsfall: zeitliche Abfolge

- 2. 10 K fragt bei V an; bekommt Rad gezeigt, V stellt für K das Rad bis zum 4.10. zurück.

- 4.10 Um 8 Uhr wirft K seine schriftliche Mitteilung in den Briefkasten des V

- 4.10 Um 10:30 Uhr leert V den Briefkasten, der Brief des K entgeht ihm jedoch zunächst

- 5.10 V findet die Mitteilung nun doch im Katalog

- 5.10 K kommt vorbei und will das Rad von V haben

Lösungsskizze Einführungsfall

Anspruch K gegen V; Übereignung Fahrrads; § 433 I 1

I. Kaufvertrag § 433

1. Angebot

- a) des K durch Anfrage bei V**
- b) des V bei Vorzeigen des Dreigang-Rades**

2. Annahme des K

- a) Bitte, das Rad zurückzustellen**
- b) Einwurf der Mitteilung in den Briefkasten**
 - aa) Willenserklärung**
 - bb) (Abgabe und) Zugang**
 - (1) Zugang (§ 130 I 1)**
 - (2) Zeitpunkt des Zugangs**
 - cc) Kein vorheriges Erlöschen des Antrags**
(§ 146 ff.)
 - (1) Grundsatz (§ 147 I 1)**
 - (2) Vereinbarung Annahmefrist (§ 148)**

II. Wirksamkeitshindernisse

Lösungsskizze Fall 1

Anspruch S → R, § 433 II, Bezahlung+ Abnahme des Trimmerads

A. Einigung

I. Angebot der R

1. Willenserklärung

2. Wirksamkeit des Angebots

a) Abgabe

- wäre unzweifelhaft, hätte R den Brief in den Briefkasten eingeworfen

- hier bedient sich R des Kevin als ihr Bote („Erklärungsbote“)

- so lange, wie Kevin mit „Botenmacht“ handelt, ist dessen Einwurf in den Briefkasten eine Abgabe der R

- Botenmacht wird durch einseitige, empfangsbedürftige (Quasi-Willens-) Erklärung erteilt (Einzelheiten sehr str.) und widerrufen

- Hier könnte R die Botenmacht gegenüber Kevin vor dessen Einwurf widerrufen haben, dieser Widerruf ist jedoch nicht zugegangen, da diese Erklärung nach den Regeln des Zugangs unter Anwesenden jedenfalls deutlich zu vernehmen sein muss → daher handelte Kevin mit Botenmacht, R hat abgegeben

b) Zugang gemäß § 130 I 1 BGB

c) Widerruf gemäß § 130 I 2 BGB durch die E-Mail

Nach h.M. ist nicht die tatsächliche Kenntnisnahme, sondern – streng nach Wortlaut – der Zugang im rechtlich/normativen Sinne maßgeblich. Und hier war der Brief nun mal vor Zugang der E-Mail zugegangen. A.A. aber vertretbar. Wichtig ist die Argumentation.

II. Annahme des S

1. Willenserklärung, Übereinstimmung

2. Rechtzeitigkeit der Annahme

B) Widerruf gem. §355 I 1, 312d I 1, 357 I 1

1. Widerrufserklärung

2. Widerrufsgrund/-recht nach § 312d I 1 BGB

a) Unternehmer/Verbraucher

b) Vertrag über die Lieferung von Waren

c) Ausschließliche Verwendung von Fernkommunikationsmitteln gemäß § 312b II BGB

d) Abschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems

Hier ist wohl (a.A. vertretbar) entscheidend, dass das Gesetz fordert, dass gerade der konkrete Vertragsschluss im Rahmen des organisierten Vertriebssystems erfolgt.

Lösungsskizze Fall 2

V → K, Zahlung €34, 90, § 433 II

A) Unwirksamkeit nach § 241a I

B) Einigung

I. Angebot, § 145

II. Annahme, § 147

1. Annahmeerklärung

Fehlt, da – obwohl Willenserklärungen häufig auch durch schlüssiges Handeln entstehen – bei verständiger Würdigung (§§ 133, 157) nicht das Angebot annehmen wollte. Schweigen oder Untätigkeit ist grundsätzlich keine Annahme.

2. § 151 S. 1 BGB

§ 151 macht unter den dort beschriebenen Voraussetzungen nicht die Willenserklärung entbehrlich, sondern nur deren (Abgabe und) Zugang. Hier fehlt es aber schon an einer Willenserklärung des K.

3. Schweigen / Untätigkeit als Annahme

a) Entsprechende Vereinbarung

b) Gesetzliche Anordnung

c) Handelsbrauch

d) Treu und Glauben

Lösungsskizze Fall 3

Frage 1:

A) Anspruch M gegen E; Übereignung und Übergabe des Porsche, § 433 I 1

I.) Kaufvertrag/Einigung

1. Angebot

2. Annahmefähigkeit des Angebots

3. rechtzeitige Annahme (vgl. § 148 BGB)

a) Abgabe

b) Zugang gemäß § 130 I 1 BGB

aa) § 132 BGB

bb) Hinterlassung des Benachrichtigungsschreibens

cc) Sobald mit Abholung gerechnet werden kann

dd) Tatsächliche Abholung

ee) Zugang der nochmaligen Erklärung der Annahme

c) Fiktion des rechtzeitigen Zugangs nach Treu und Glauben, § 242 BGB

aa) Voraussetzungen

(1) Zugangshindernis, erneuter Zustellversuch

(2) Entbehrlichkeit des wiederholten Zustellungsversuch

bb) Subsumtion:

(1) Sorgfaltspflichtverstoß/ Obliegenheitsverletzung

(2) Erneuter Zustellungsversuch

cc) Exkurs

II. Wirksamkeitshindernisse (z.B. §§ 134, 138)

B) Anspruch E→M, Kaufpreis, §§ 433 II, 1922 I BGB

C) Anspruch E→M, Übereignung und Übergabe, § 433 I 1

1. Angebot des M durch das Schreiben vom 3. Februar

- a) Aushändigung des Schreibens an die Sekretärin
- b) Zeitpunkt des Zugangs
- c) Widerruf?
 - aa) „Rechtlicher Zugang“ kontra faktische Kenntnis
 - bb) Würdigung

2.) Angebot des E durch Telefonat am 4. Februar?

- a) “Annahme” als neues Angebot nach § 150 BGB
- b) Annahme des neuen Angebots durch M?

Frage 2:

A) Anspruch E→ M, Übereignung und Übergabe des Porsche, § 433 I 1 BGB

I.) Einigung

1.) Angebot des M durch Schreiben vom 3. Februar?

- a) Abgabe und Zugang (s.o.)
- b) § 130 I 2 BGB?
 - aa) Abgabe Widerruf.
 - bb) Zugang Widerruf?

2.) Annahme durch E?

B) Anspruch M→E, Kaufpreis, § 433 II BGB

Lösungsskizze Fall 4

Anspruch O gegen W, Zahlung von €2.700,-- , § 433 II

A) Abschluss Kaufvertrag

I. Einigung

1. Angebot

- a) Internetseite der O**
- b) Aufforderung, Adresse etc. einzugeben**
- c) Anklicken Schaltfläche „Bestellung abschicken“**

2. Rechtzeitige Annahme

II. Wirksamkeitshindernisse

B) Änderung Kaufpreis nach § 5 AllgLB

I. Anwendbarkeit der §§ 305 ff.

1. „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ (§ 305 Abs. 1)

- a) Vertragsbedingungen**
- b) Vorformulierung**
- c) Für eine Vielzahl von Verträgen**
- d) Einseitig vom Verwender gestellt**
- e) Kein individuelles Aushandeln (§ 305 Abs. 1 S. 3)**

2. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich (§ 310)

II. Einbeziehung der Lieferbedingungen nach § 305 Abs. 2

- 1. Ausdrücklicher Hinweis (§ 305 Abs. 2 Nr. 1)**
- 2. Zumutbare Kenntnisnahme (§ 305 Abs. 2 Nr. 2)**
- 3. Einverständnis des Kunden (§ 305 Abs. 2 a.E.)**
- 4. Keine überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1)**

III. Keine vorrangige Individualvereinbarung (§ 305b)

IV. Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.

1. Vorrang der Auslegung

2. Schranken der Inhaltskontrolle, § 307 Abs. 3

3. Inhaltliche Wirksamkeit

- a) Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit, § 309**
- b) Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit, § 308**
- c) Generalklausel, § 307**
- d) Transparenzgebots gewahrt (§ 307 Abs. 1 S. 2)**

V. Voraussetzungen des § 5 Allg. Lieferbedingungen

Lösungsskizze Fall 5

Anspruch K → V, Lieferung Bild, § 433 I 1 BGB

I. Einigung zwischen D und V

II. Wirkung für und gegen K (§ 164 I, III BGB)

[0. Anwendbarkeit und Zulässigkeit der StellV]

1. Eigene Willenserklärung des Vertreters (siehe I.)

2. Im Namen des Vertretenen

3. Vertretungsmacht

[II. Wirksamkeitshindernisse]

Lösungsskizze Fall 6

Anspruch K → F; Mehrkosten; §§ 280 I, III, 281 I 1 BGB

A. Kaufvertrag

I. Einigung zwischen K und F

1. Willenserklärung des K

2. Willenserklärung der F

[a) Anwendbarkeit und Zulässigkeit der StellV]

b) eigene Willenserklärung des Stellvertreters

c) in fremdem Namen

d) mit Vertretungsmacht

aa) Duldungsvollmacht – dogmatische Einordnung

bb) Duldungsvollmacht – Voraussetzungen

(1) zurechenbare Setzung eines Rechtsscheins

(2) Kausalität und Redlichkeit des K

[II. Wirksamkeit der Einigung]

B. Pflichtverletzung (§§ 280 I 1; 281 I 1 BGB)

C. Vertretenmüssen (§ 280 I 2 BGB)

D. Fristablauf (§ 281 I 1 BGB)

Lösungsskizze Fall 7

Frage 1: M→U, Kaufpreiszahlung und Abnahme, § 433 II BGB

I. Kaufvertrag

1. WE des M

2. WE des U, vertreten durch A

a) Eigene WE der A

b) in fremdem Namen

c) Vertretungsmacht – Anscheinsvollmacht?

aa) Rechtsschein einer Vollmacht

bb) Zurechenbarkeit des Rechtsscheins

cc) Kausalität; Redlichkeit des M

dd) Rechtsfolge

- Ansicht 1: Vertretungsmacht vorhanden

- Ansicht 2: Anspruch auf negatives Interesse

Frage 2: M → A; § 179 I Fall 1 BGB; Bezahlung und Abnahme

- Wahlrecht des Dritten zwischen Berufung auf wirksame Vertretung und Vorgehen nach § 179 BGB gegen Vertreter? – str.**

Lösungsskizze Fall 8 (Var. 2)

I. V → K, § 433 II BGB, Abnahme und Bezahlung der Ware

1. Kaufvertrag

a) WE des V

b) WE des S mit Wirkung für und gegen K

aa) Eigene WE des S; in fremdem Namen

bb) Vertretungsmacht

(1) Innenvollmacht (§§ 167 I Fall 1, 166 II 1 BGB)

(2) Widerruf nach § 168 S. 2 BGB

(3) Unwirksamkeit nach § 142 I BGB

- Anfechtungserklärung (§ 143 I, III BGB)

- Anfechtungsgrund (§ 119 I Fall 2 BGB)

- Anfechtungsfrist: (§ 121 BGB)

- Rechtsfolge: S ohne Vertretungsmacht

(4) Hinterfragung des gefundenen Ergebnisses

- Ausgangsproblem: Insolvenzrisiko

- Ans. 1: Anfechtung unzulässig

- Ans. 2: Erklärung auch gegenüber Dritten

- Ans. 3: Keine Modifikation

II. V → K, § 122 I BGB

III. V → S, § 179 II BGB

IV. S → K, § 122 I BGB

Lösungsskizze Fall 9

Frage 1: Herausgabe des Anzugs

A) H → J, Herausgabe des Anzugs, § 985 BGB

I. Eigentümerstellung des H

1. Ursprünglich (vgl. § 1006 I BGB)

2. Übergang des Eigentums von S auf H, § 929 S. 1 BGB

a) Dingliche Einigung von S und H (dinglicher Vertrag)

(1) Einigung S und H über Eigentumsübergang

(2) Unwirksamkeit nach § 108 I BGB

(a) Beschränkte Geschäftsfähigkeit, §§ 106; 2 BGB

(b) Lediglich rechtlich vorteilhaft, § 107 BGB

b) Übergabe

(c) [Berechtigung des S – naja]

3) Übergang des Eigentums von H auf J, § 929 S. 1 BGB

a) Dingliche Einigung von H und J

b) Unwirksamkeit nach § 108 I BGB.

(1) Beschränkte Geschäftsfähigkeit H (und J), §§ 106; 2

(2) Notwendigkeit der Einwilligung, § 107 BGB

(3) Gesetzliche Vertreter: §§ 1626 I; 1629 I BGB (Eltern)

(4) Erteilung der Einwilligung

(5) Sonderfall § 110 BGB („Taschengeldparagraph“)

(6) Genehmigung

c) Rechtsfolge: schwebende Unwirksamkeit

II. Besitz des J

III. Recht des J zum Besitz, § 986 I 1 – Kaufvertrag

1. Einigung H und J, § 433 BGB

2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit H und J, §§ 106; 2 BGB.

2. Kein lediglich vorteilhaftes Geschäft, § 107 BGB

3. Einwilligung/110 BGB/Genehmigung

4. Rechtsfolge: schwebende Unwirksamkeit

IV. Ergebnis

B. H → J, Herausgabe des Jogginganzuges, § 812 I 1 Fall 1 BGB

- I. „etwas erlangt“**
- II. „durch Leistung des H“**
- III. „ohne rechtlichen Grund“**

Frage 2: Rückgabe des Geldes

A) J → H, von J an H gezahlte Geld, § 985 BGB

I. Eigentümerstellung des J

- 1. Ursprüngliche Situation**
- 2. Übergang Eigentum von J an H, § 292 S. 1 BGB**
 - a) Dingliche Einigung J und H**
 - b) Unwirksamkeit nach § 108 I BGB**
- 3. Gesetzlicher Eigentumsverlust durch Vermengung, 948 BGB**

II. Besitz des H

III. Kein Recht zum Besitz des H, § 986 I 1 BGB

B) J → H, von J an H gezahlte Geld, § 812 I 1 Fall 1 BGB

- I. „etwas erlangt“**
- II. „durch Leistung des H“**
- III. „ohne rechtlichen Grund“**

C) H → S, von H an S gezahltes Geld, § 985 BGB

I. Ursprüngliche Eigentumssituation

II. Eigentumsübergang H an S, § 929 S. 1 BGB

- 1. Dingliche Einigung**
 - a) Übereinstimmende WE**
 - b) Unwirksamkeit nach § 108 I BGB.**
 - aa) Nicht lediglich rechtlich vorteilhaft, § 107 BGB**
 - bb) Einwilligung/110 BGB**
- 2. Übergabe**
- 3. Eigentümerstellung des H**

D) H → S, Geld; § 812 I 1 Fall 1 BGB

I. „etwas erlangt“

II. „durch Leistung“

III. „ohne rechtlichen Grund“ – Kaufvertrag – Unwirksamkeit nach § 108

1. Nicht lediglich rechtlich vorteilhaft, § 107 BGB

2. Einwilligung

3. § 110 BGB

4. Genehmigung

III. Rechtsfolge §§ 818 II BGB bei Vermengung

Lösungsskizze 1. Übungsklausur

S → V, Übergabe und Übereignung des Autos, § 433 I 1 BGB

I. Angebot

1. des V, Zettel in Auto
2. des S im Telefonat am 22.11.
3. des V im Telefonat am 22.11.

II. Annahme des S

1. Schreiben v. 22.11.
2. Anruf v. 27.11.
 - a) WE (einschließlich Zugang)
 - b) Formnichtigkeit der WE, § 125 S. 2
 - aa) Vereinbarung gewillkürter Schriftform, § 127 I
 - bb) Stillschweigende Aufhebung des Formerfordernisses
 - cc) Einhaltung der Form
3. Fax v. 29.11.
 - a) WE
 - b) Zugang
 - c) Formnichtigkeit nach § 125 S. 2
 - aa) Vereinbarung Schriftform
 - bb) Formerleichterung nach § 127 II
 - cc) Einhaltung der Form
4. Schreiben vom 29.11.
 - a) WE (einschließlich Abgabe)
 - b) Zugang

[III. Übereinstimmen von Angebot und Annahme]

IV.) Rechtzeitigkeit der Annahme

- a) Fax v. 29.11.
- b) Schreiben v. 29.11.

Lösungsskizze Fall 10

A) C → A, € 250, Abnahme der Rechenmaschine, § 433 II BGB

I. Kaufvertrag

1. Angebot des C durch Bestellformular

2. Angebot des A, Unterschreiben und Versand

a) Willenserklärung des A

aa) objektiver Erklärungstatbestand

bb) subjektiver Erklärungstatbestand

(1) Handlungswille

(2) Erklärungsbewusstsein

(3) Rechtsfolge

(a) a.A.: ohne Erklärungsbewusstsein keine WE

(b) h.M: wirksame, anfechtbare WE

(4) Geschäftswille

b) Abgabe/Zugang (§ 130 I 1 BGB)

3. Annahme durch C (Auftragsbestätigung)

II. Nichtigkeit *ex tunc* gem. § 142 Abs. 1 BGB

1. Anfechtungserklärung des A (§ 143 I BGB)

2. Anfechtungsgrund (§ 119 Abs. 1 Abs. 1 Alt. 1 BGB)

3. Anfechtungsfrist (§ 121 BGB)

B) C → A, Ersatz Versandkosten und Rücksendung, § 122 I

I. nach § 119 BGB angefochtenes Rechtsgeschäft

II. kein Anfechtungsausschluss nach § 122 II BGB

III. Rechtsfolge: Ersatz des Vertrauensschadens

C) C → A, Ersatz der Versandkosten und Rücksendung, § 812 I 1 Fall 1 BGB

I. Etwas erlangt

II. durch Leistung (des C)

III. ohne rechtlichen Grund

IV. Rechtsfolge: Herausgabe Bereicherung, Übergabeort

2. Übungsklausur

Variante 1

A) Ansprüche V → K

I. V → K, Zahlung und Abnahme, § 433 II

1. Abschluss Kaufvertrag (Einigung)

- a) Zettel des V in dem Kfz
- b) Telefonat zwischen K und V

2. Unwirksamkeit nach § 142 Abs. 1

- a) Anfechtungsgrund (§ 119 I Alt. 1)
- b) Anfechtungserklärung
- c) Anfechtungsfrist

II. V → K, Ersatz des Vertrauensschadens, § 122

- 1. WE nach § 119 angefochten
- 2. Kenntnis/Kennenmüssen der Anfechtbarkeit
- 3. Anspruchsumfang (Rechtsfolge)
 - a) Negatives Interesse
 - b) Positives Interesse (begrenzt bei § 122 das negative)

B) Anspruch K → V, Übergabe und Übereignung des Kfz, § 433 I 1

Variante 2

A) Ansprüche K → V

I. K → V, Übergabe und Übereignung, § 433 I S. 1

1. Abschluss Kaufvertrag (Einigung), s.o.

2. Unwirksamkeit nach § 142 Abs. 1 durch Anfechtung K

- a) Anfechtungsgrund, s.o.
- b) Anfechtungserklärung
 - aa) Willenserklärung
 - bb) Wirksamkeit (§ 130 Abs. 1), insbes. Widerruf

3. Unwirksamkeit nach § 142 Abs. 1 durch Anfechtung V

- a) Anfechtungsgrund (§ 119 II)
 - aa) Anwendbarkeit des § 119 II trotz §§ 434 ff.
 - bb) Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaft
- b) Anfechtungserklärung
- c) Anfechtungsfrist

II. K → V, Vertrauensschaden, § 122

- 1. Anfechtung des V nach § 119 II
- 2. Kein Ausschluss nach § 122 II.
- 3. Anspruchsumfang

B) Anspruch V → K, Kaufpreis und Abnahme, § 433 II